

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Beilagen „Reisekunden“ „Unsere Heimat“, „Die Mode vom Tage“.

Bezugspreise: Beim Bezug in der Stadt bzw. Agenten monatl. RM. 1.50 einchl. 13 bzw. 20 Pfg. Zustellgebühr, beim Bezug durch die Post monatl. RM. 1.40 einchl. 18 Pfg. Postzeitungsgeb., zusätzl. 36 Pfg. Bestellgeb. Einzelnumm. 10 Pfg. Schriftl. Druck und Verlag: G. W. Jaiser (Jah. R. Jaiser), Nagold



Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage „Haus, Garten und Landwirtschaft“

Einzelgenpreise: 1 spaltige Bogen-Zeile oder deren Raum 20 J., Familien-Anzeigen 15 J., Reklamagen 60 J., Sammel-Anzeigen 50% Nachschlag. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für Telefon, Aufträge und Brief-Anzeigen wird keine Gewähr übernommen

Telegr.-Adresse: Gesellschafter Nagold. — In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Postk. Kto. Stuttgart 5113

Nr. 93

Gegründet 1827

Freitag, den 22. April 1932

Fernsprecher Nr. 29

106. Jahrgang

Tagespiegel

Reichsinnenminister Brüning wird am Samstag mit dem Reichskanzler in Baden zusammentreffen.

Der internationale Ueberbrückungskredit für das Deutsche Reich in Höhe von 125 Millionen Dollar ist bis zum 10. November 1933 zum Zinsfuß von 6 Prozent verlängert worden.

Amerika in Aufregung

Drohung mit Handelskrieg

Der amerikanische Haushaltsplan für das kommende Jahr schließt bekanntlich mit einem Milliardenfehlbetrag ab, obgleich in den Plan die vollen Beträge der europäischen Kriegsschuldenszahlungen an Amerika aufgenommen sind. Es hat nun außerordentliches Aufsehen erregt, daß in den englischen Haushaltsplan 1932/33, der am 19. April von dem Schatzkanzler Neville Chamberlain dem britischen Unterhaus vorgelegt wurde, kein Pfennig für die Kriegsschuldenszahlung eingelegt ist. Auch Deutschland wird ja vorläufig nicht bezahlen. In Amerika ist man vielfach der Meinung, daß die Regierung in Washington selbst die diesjährigen Zahlungen nicht ernstlich erwartet, und dies hat in weitesten Kreisen größte Empörung ausgelöst. Man sei nicht gewillt, Steuern und immer Steuern zu zahlen, damit die europäischen Schuldner sich ihrer Verpflichtung entziehen können.

Um den Entrüstungsturm zu beruhigen, empfing Senator Reed, der Vertrauensmann des Schatzamts im Parlament, die Vertreter der Presse, um zu sagen, die Regierung sei überzeugt, daß England doch bezahlen werde. Deutlicher erklärte Senator Borah: Es sei ein vergebliches Bemühen, über eine Verringerung der Schulden- und Tribut-entlastungen zu reden, solange die Friedensverträge nicht aufgehoben seien. Der Weltkrieg werde trotz des Waffenstillstands von 1918 in Form eines verheerenden Finanz- und Wirtschaftskriegs fortgeführt. Noch nie sei Europa so stark bewaffnet gewesen wie jetzt. Bevor nicht abgerüstet werde, lasse Amerika nicht mehr über die Schuldenverabreichung mit sich reden.

Präsident Hoover, der sich bis jetzt ganz ausschweigt, soll der Meinung sein, daß die britische Maßnahme nur vorläufig sei und daß die britische Regierung eine Maßnahme erst treffe, wenn das Ergebnis der Lausanner Tributkonferenz feststehe.

Gegen die Erhöhung der amerikanischen Ausfuhr durch die Schutzmaßnahmen verschiedener Länder (Zwangsbewirtschaftung der Deutschen, Jollerhöhen, Konzentrierungen usw.) bereitet das Auswärtige Amt in Washington Warnungsnoten vor, in denen amerikanische Vergeltungsmaßnahmen angedroht werden, falls die betreffenden Länder die von ihnen erlassenen Bestimmungen nicht aufheben, durch die der Abfluß amerikanischer Erzeugnisse erschwert werde. Die Regierung werde zunächst die Antworten der betreffenden Länder abwarten, ehe sie zu Vergeltungsmaßnahmen schreite.

Die Länder, die von Amerika mit dem Handelskrieg bedroht werden, sind folgende: Deutschland, Frankreich, Spanien, Oesterreich, Rumänien, Argentinien und einige andere südamerikanische Staaten. England scheint trotz seiner neuen Hochschutzzölle nicht begriffen zu sein.

Das Vorgehen Amerikas ist — echt amerikanisch. Als es vor zwei Jahren die unerhörten Hooverschen Hochschutzzollmaßnahmen traf, kimmerte es sich um die übrige Welt keinen Pfifferling und die amtlichen Proteste wanderten in den großen Papierkorb des Auswärtigen Amtes. Wenn aber Länder wie Deutschland und Oesterreich in bitterster Not ihre Einfuhr droffen, weil sie sonst rettungslos dem Bankrott verfallen sind, so ist das eine Verletzung der amerikanischen Interessen, die mit Handelskrieg beantwortet werden muß.

Neue Nachrichten

Die Untersuchung gegen das Reichsbanner

Berlin, 21. April. Der Reichspräsident hat dem Reichsminister Brüning neues Material über die militärischen Formationen des Reichsbanners und der Eisernen Front zugehen lassen. Brüning teilt mit, daß die Prüfung des Materials noch nicht habe abgeschlossen werden können. Die endgültige Stellungnahme könne nicht erfolgen bevor nicht die Willensmeinung des Reichskanzlers eingeholt sei.

Köttgen über die Sozialpolitik

Berlin, 21. April. Der Vorstand der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände wählte heute an Stelle von Ernst v. Borfig den Generaldirektor der Siemens-Schuckertwerke Dr.-Ing. e. h. Karl Köttgen zum Vorsitzenden. Dr. Köttgen wandte sich in seiner Ansprache gegen Fehlarbeit in der Sozialpolitik. Für eine ausreichende

Vor dem Zusammenstoß in Genf

Die Gleichberechtigung

Genf, 21. April. In den beiden Besprechungen des Reichskanzlers Dr. Brüning mit dem amerikanischen Staatssekretär Stimson soll Brüning die deutsche Forderung der Gleichberechtigung betont und erklärt haben, die Forderung auf Gleichheit in der Abrüstung beruhe auf den internationalen Verträgen und entspreche dem Grundsatz der Gerechtigkeit. Stimson soll volles Verständnis für den deutschen Standpunkt bekundet haben.

Die Gleichberechtigung steht als Punkt 5 auf der Tagesordnung des Hauptausschusses und wird voraussichtlich Anfang oder Mitte nächster Woche zur Verhandlung kommen. Dann werden wahrscheinlich der deutsche und der französische Standpunkt zum ersten Mal in aller Schärfe aufeinanderstoßen.

Gestern hatte Dr. Brüning eine Unterredung mit dem ungarischen Außenminister Ballo.

Tardieu ist zu allgemeiner Ueberbrückung gestern abend im gleichen Zug mit Mac Donald in Genf eingetroffen, während er bis jetzt gesittigt ausgewichen war.

Tardieu plötzlich in Genf erschienen

Genf, 21. April. Der französische Vertreter in Genf, Paul Boncour, benachrichtigte gestern Tardieu, die Stimmung auf der Abrüstungskonferenz sei bei der Mehrheit der Anwesenden so, daß Gefahr bestehe, daß Frankreich bei der Frage der „qualitativen Abrüstung“ (Abschaffung der Tanks, Bombenflugzeuge, Tauchboote, Schwergeschütze und so weiter) überstimmt werden könnte, es sei daher dringend nötig, daß Tardieu selbst eingreife. Tardieu mußte zu seinem großen Leberdruck zusammen mit Mac Donald nach Genf abreisen, denn er hätte es vermeiden wollen, mit Brüning zusammenzutreffen. Auch der Amerikaner Stimson soll die Anwesenheit Tardiens gewünscht haben.

Die Pariser Presse spricht die Erwartung aus, daß der rumänische Antrag (daß die sogenannten Angriffswaffen, auf die Frankreich keinesfalls verzichten könne, dem Heer des Völkerbunds zur Verfügung gestellt und so „internationalisiert“ werden) doch noch angenommen werde. Das „Journal“ sagt, das Verfahren Frankreichs müsse dahin gerichtet sein, die Verhandlungen in die Länge zu ziehen und die Konferenzteilnehmer zu ermüden, um dann in einem günstigen Augenblick die Abstimmung herbeizuführen, die den englisch-amerikanischen Abschlagsvorschlag ablehne.

Kapitalbildung der Wirtschaft bleibe seit 14 Jahren kein Raum. Die Unternehmungen und mit ihnen das ganze Volk leben heute vom Vermögen. Die deutschen Unternehmer seien nicht gegen Tarifverträge, auch nicht gegen Koalitionsfreiheit. Sie wünschen aber, daß der Staat sich auf vermittelnde Hilfeleistung beschränke, ohne den Parteien die letzte Verantwortung abzunehmen. Die Unternehmer seien bereit, der Regierung die Verantwortung für die Lohnfestsetzung wieder abzunehmen. Sie fühlen sich stark genug, die wirtschaftlichen Erfordernisse und Möglichkeiten auch unter Beachtung politischer Gesichtspunkte richtig einzuschätzen. Neue Eingriffe des Staats in die Arbeitszeit, wie sie jetzt auf dem Kongress des freien Gewerkschaftsbunds angekündigt wurden, müssen abgelehnt werden.

Klage Hillers gegen Leuschner

München, 21. April. Adolf Hiller hat gegen den sozialdemokratischen Innenminister in Hessen, Leuschner, Verleumdungsslage angestrengt wegen schwerer Beschuldigungen, die Leuschner im Landtag bei Besprechung der sogenannten Vorheimer Dokumente erhob.

Zu der Erklärung der drei angelsächsischen Journalisten teilt die Pressestelle der NSDAP mit, Hiller denke nicht daran, seine Äußerung zu bestreiten, daß die SA unter dem Druck oder auf Wunsch Frankreichs aufgelöst werden seien. Die Klage gegen den Schriftleiter des Berliner Tageblattes, Wolf, und die Beantragung eines dienstlichen Verfahrens gegen Hiller selbst seien erfolgt, damit die Hintergründe des Verbois mit gewichtigen Zeugen an die Öffentlichkeit gebracht werden können.

Neue Drudmittel der Saar-Bergverwaltung

Saarbrücken, 21. April. Der Druck, der von der französischen Bergverwaltung auf die Vergleute ausgeübt wird, damit ihre Kinder die französischen Schulen fassen, nimmt immer neue Formen an. Wie jetzt aus Differenzen gemeldet wird, macht man sich an Vergleute heran, die sich ein Haus gebaut haben und nun wegen ihres erheblichen verminderten Einkommens den eingegangenen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen können. Diese Vergleute erhalten jetzt von der Bergverwaltung entsprechende Darlehen, sobald sie ihre Kinder in die französische Schule schicken. Dieses Beispiel zeigt wieder, daß dieselbe Grubenverwaltung, die immer über „große wirtschaftliche Schwierigkeiten“ klagt, für politische Zwecke noch Geld übrig hat, wenn damit Frankreich gedient wird.

Der deutsche Vertreter Radolny verdiente eigentlich das Lob Frankreichs, daß er die Kasse aus dem Saal gelassen und erklärt habe, dieser Vorschlag sei der „erste Schritt zur Befriedigung des Deutschland zugefügten Unrechts“. Diese Ungeachtlichkeit Radolnys habe dazu beigetragen, Frankreich und seinen Verbündeten die Augen zu öffnen. (1)

Von der Abrüstungskonferenz

Genf, 21. April. Im Hauptausschuß sprach sich heute der kanadische Vertreter Perley entschieden für den englischen Antrag aus, während der norwegische Vertreter Colban den Grundgeden der Abrüstung aller billigte, aber betonte, daß das Ausmaß seiner Durchführung späteren Verhandlungen vorbehalten werden müsse. Der französische Vertreter Paul Boncour erklärte, die französische Abordnung könne sich dem englischen Antrag nicht anschließen. Der französische Vorschlag entspringe nicht der Sorge um die eigene Sicherheit, sondern folge der allgemeinen internationalen Sicherheit dienen. Die Frage des Verbois gewisser Waffen biete eine einzigartige Gelegenheit, der internationalen Gemeinschaft (Völkerbund) mehr Macht zu geben. Dieses Ziel sei erstrebenswerter als die bloße Zerstörung von Material. Die Entschließung über die „qualitative Abrüstung“ müsse eine solche Form erhalten, daß sie die französischen Vorschläge nicht ausschließe.

Hierauf erklärte der amerikanische Botschafter Gibson unter großem Beifall, die verschiedenen Bedenken der französischen Gruppe stelle ihnen den Gedanken der praktischen Arbeit gegenüber. Die amerikanische Anregung auf Abschaffung gewisser schwerer Waffen des Landkriegs stelle keinen besonderen amerikanischen Vorschlag dar, sondern nur die Zusammenfassung aller der Bestimmungen, über die sich seit Beginn der Konferenz eine weitgehende Uebereinstimmung gezeigt habe. Auf dem Gebiet der Flottenrüstungen sei die Beschränkung und Herabsetzung seit zehn Jahren eine Tatsache; es sei nur folgerichtig, jetzt den gleichen Fortschritt auch auf dem Gebiet der Landrüstungen zu machen. Die Öffentlichkeit lasse an, die Befürchtung zu hegen, daß die Konferenz allen praktischen Entscheidungen aus dem Weg zu gehen veruche. Die Annahme der englischen Entscheidung würde diese Befürchtung zerstreuen.

Im Verlauf der Sitzung erschien kurz nach 11 Uhr Reichskanzler Dr. Brüning und nahm den Platz Radolnys ein. Unmittelbar darauf kam Mac Donald.

Die Grubenschäden im Saargebiet

Saarbrücken, 21. April. Seit der Uebernahme der Saargrubenverwaltung durch den französischen Staat hat das Saargebiet unter Grubenschäden in einem Ausmaß zu leiden, wie man sie früher nicht annähernd kannte. Ganze Dörfer sind infolge des rücksichtslosen Abbaus in sich zusammengesunken. Bei der Behandlung der Entschädigungsanträge macht die Grubenverwaltung die größten Schwierigkeiten. Immer wieder wird versucht, die Geschädigten mit lächerlich niedrigen Beträgen abzufinden. Auch die Eisenbahn ist durch Grubenschäden aufs härteste in Mitleidenschaft gezogen, besonders im Sulzbach- und Fischbachthal. Allerdings gelang es der Eisenbahn besser als Privatleuten, die ihr zustehende Entschädigung zu erhalten. In den letzten Jahren mußte die französische Grubenverwaltung nicht weniger als 30 Millionen Franken an die Eisenbahnverwaltung für Grubenschäden bezahlen. Ständig muß auf den erwähnten Strecken an der Hebung der Bahngleise und Brücken gearbeitet werden, da Senkungen bis zu 4 und 5 Metern zu verzeichnen sind. Besonders umfangreiche Hebungen sind zurzeit auf dem Bahnhof Neunkirchen im Gange. Ein Gesamtgebiet von 21000 Quadratkilometer mit 97 Gleisen ist in absehende Bewegung geraten. Die Bahndämme müssen erhöht, die Gleise, Wasser-durchlässe und Brückenbauten entsprechend höhergelegt werden. Durchweg handelt es sich um Hebungen von etwa drei Metern. Diese Arbeiten werden voraussichtlich zwei Jahre in Anspruch nehmen.

Die Bestechungen Kreugers

Stockholm, 21. April. „Dagens Nyheter“ berichtet, in Warschau herrsche unter den polnischen „Politikern“ große Aufregung, weil unter den hinterlassenen Papieren Kreugers eine ganze Liste hervorragender polnischer Persönlichkeiten gefunden worden sei, die für die Einführung des Zündholzmonopols in Polen „Geschenke“ von Kreuger angenommen haben, das heißt: die sich haben bestechen lassen.

In dem Kassenbuch der Kreugers wurde ein Betrag von zwei Millionen Kronen vorgefunden. Auf Kreugers Todesnachricht hin sollen sich die leitenden Persönlichkeiten der Firma Kreuger und Toll AG. beeilt haben, soviel Geld als möglich von den Banken abzurufen, da man befürchtet habe, daß dem Konzern die Bankguthaben gesperrt werden.



Richtlinien für Zeitungsverbote

Berlin, 21. April. Das Reichsgericht hat bekanntlich eine Reihe von Zeitungsverböten, die von Verwaltungsbehörden auf Grund der Notverordnungen verhängt worden waren, als unbeschadet aufgehoben. Nach Verhandlungen mit der Reichsarbeitgemeinschaft der deutschen Presse hat nun Reichsminister Gröner den Landesregierungen folgende neue Richtlinien für die Handhabung der Notverordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen gegeben: Die Verordnungen sollen nur politische Ausschreitungen betreffen und können demnach auch nur auf eine solche Berichterstattung Anwendung finden, die durch die Art der Darstellung der Geschehnisse oder durch die an die berichteten Tatsachen geknüpften Betrachtungen oder die aus ihnen gezogenen Schlussfolgerungen die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu gefährden geeignet sind. Insbesondere darf die sehr debatare Vorschrift betreffend die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nicht dazu verwendet werden, die freie Meinungsäußerung und eine selbst scharfe Kritik der Presse zu unterbinden, solange Meinungsäußerung und Kritik sich in den Grenzen der Sachlichkeit halten und nicht darauf abzielen, den Meinungsstreit mit unläuterer Mitteln zu führen.

Auch ist zu beachten, daß nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts nicht jeder Zeitungsartikel strafbaren Inhalts zugleich eine „Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ enthält. Auch die Verträge gegen die Einzelvorschriften der Notverordnung vom 28. März 1931, z. B. gegen die Tatbestände der Aufforderung zum Ungehorsam gegen Befehle und der Beschimpfung oder böswilligen Beschädigung von Staatsorganen, Religionsgesellschaften usw., erfüllen nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts nicht ohne weiteres den Tatbestand einer „Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“. Vielmehr muß die nabeliegende Wahrscheinlichkeit — nicht nur die bloße Möglichkeit — dafür bestehen, daß die durch den Inhalt der Veröffentlichung erzeugte Stimmung zu einer Störung der äußeren Sicherheit und Ordnung, d. h. zu öffentlichen Unruhen, Zusammenstößen, Gewalttätigkeiten oder anderen politischen Ausschreitungen führen wird.

Dah ein Artikel in den Kreisen Andersdenkender Beunruhigung und Empörung hervorruft, genügt nicht; es muß die unmittelbare Gefahr einer Befähigung dieser Empörung durch Handlungen der vorherzeichneten Art hinzukommen. Doch es zu Störungen tatsächlich kommt, ist allerdings nicht Voraussetzung des Verbots.

Württemberg

Gewerbesteuer und Württ. Kreditverein

Stuttgart, 21. April. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Die „Schwäb. Tagwacht“ behauptet in ihrer Nummer vom 20. d. M., die „Volz-Bayle-Regierung“ habe hunderttausende RM. Steuergelder den Bankkapitalisten verschont. Hierauf folgendes festzustellen:

1. An den Kreditverein hat zu drei Viertel nicht die „Volz-Bayle-Regierung“, sondern der Gemeinderat Stuttgart Gewerbesteuer nachgelassen. Daß die sozialdemokratischen Mitglieder gegen den Nachlaß gestimmt hätten, ist alle die Jahre hindurch nicht bekannt geworden. 2. Die „Bankkapitalisten“ des Württ. Kreditvereins sind die württembergischen Gemeinden und Gemeindeverbände, in deren Hand sich die Aktien dieses Instituts nahezu reiflos befinden. 3. Am Körperschaftsteuergesetz, also in einem Reichsgesetz, ist den Hypothekendarlehen ebenfalls eine Steuerermäßigung um 50 v. H. zugestimmt. Dies war schon zur Zeit des Reichsfinanzministers Dr. med. Hilferding der Fall. 4. Die Gewerbesteuererträge anderer Länder sehen ähnliche Ermäßigungen vor. 5. Dem Aufsichtsrat des Württ. Kreditvereins und ebenso der Württ. Hypothekendarlehen gebührt keiner der württ. Minister und auch kein sonstiger Beamter der württ. Ministerien an. Tantiemen hätten übrigens die betreffenden Staatsbeamten an die Staatskassen abzuliefern. Der württembergische Staat ist an beiden Instituten nicht beteiligt. 6. Die Gehälter der Angestellten der Südd. Rundfunk A.G. werden in Berlin durch die Reichs Rundfunk A.G. festgesetzt. Von dem Aktienkapital der Südd. Rundfunk A.G. besitzt die Reichs Rundfunk A.G. die Mehrheit, der württembergische Staat nur die Minderheit. Der einzige im Aufsichtsrat befindliche württ. Staatsbeamte ist der Leiter der Pressestelle. Auf ihn entfallen nur wenige hundert Mark Vergütung. Die württembergische Regierung bestimmt jeweils den Teil, der ihm als Erfolg für bare Auslagen und für besonderen Zeitaufwand belassen wird. Der übrige Betrag wird an die Staatskasse abgeführt.

Stuttgart, 21. April.

Kleine Anfrage. Der Abg. Gompfer (S.) fragt die Regierung in einer Landtagsanfrage: Im Oberamt Balingen betreiben eine Anzahl Gemeinden, vor allem Laufen, Darrwangen, Frommern usw., die Züchtung und Umschaltung von erstklassigen klimabelständigen Ausrüstungspflanzen für Nadel- und Laubholzplantagen. Die Abfuhrzeit fällt in die Zeit vom 15. April bis 15. Mai. Zur Zeit ist aber die Abfuhrmöglichkeit trotz niederster Preise, die die Selbstkosten nicht mehr decken, geradezu schlecht. Neben kleiner Stallwirtschaft bei gesunkenen Preisen rechnen die vielen Kleinbauern auf Einnahmen aus dem Verkauf der Waldpflanzen, um ihren steuerlichen Zahlungsverpflichtungen nachkommen zu können und ihren Lebensunterhalt zu fristen. Ich frage das Staatsministerium, ob es bereit ist, alles zu versuchen, um der wirtschaftlichen Katastrophe in genannten Gemeinden vorzubeugen, vor allem aber dafür Sorge zu tragen, daß die württembergischen Forstverwaltungen angewiesen werden, über die planmäßigen Säge hinaus Aufforstungen vorzunehmen und den Bedarf in jenen Gemeinden zu decken.

Der Arbeitsmarkt im Bezirk des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland. Am 15. April 1932 standen in der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung 91 324 Personen (65 798 Männer, 25 526 Frauen), in der Arbeitslosenunterstützung 99 102 Personen (84 369 Männer, 14 733 Frauen). Die Gesamtzahl der Unterstützten ist weiter um 16 806 Personen oder um 8,1 v. H., nämlich von 207 232 Personen (166 802 Männer, 40 430 Frauen) auf 190 426 Personen (150 167 Männer, 40 259 Frauen) gefallen; davon kamen auf Württemberg 81 992 gegen 91 889 und auf Baden 108 434 gegen 115 343 am 31. März 1932. Im Gesamtbezirk des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland kamen am 15. April 1932 auf 1000 Einwohner 37,8 Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenunterstützung gegen 33,6 der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Zahl der vorgemerkten Arbeitsuchenden überhaupt betrug 338 276 gegen 344 846 am 31. März. Davon waren 323 489 als arbeitslos anzusehen, und zwar 133 737 in Württemberg und 189 752 in Baden.

28. Hauptversammlung der Württemb. Landwirtschaftskammer. Am Donnerstag, 28. April 1932, findet nachmittags im Sitzungssaal des Württ. Wirtschaftsministeriums die 28. Hauptversammlung der Württ. Landwirtschaftskammer statt. Auf der Tagesordnung stehen neben der Beratung des Haushaltsplans 1932 Kredit- und Zinsfragen, handelspolitische Fragen, Schutz der Beredlungswirtschaft, Anbau- und Preisfragen bei Zuckerrüben, Jochvieh und Tabak, Stromtarife, Bier-, Wein- und Branntweinsteuer. Es sind zwei Sitzungstage in Aussicht genommen.

Abwehr der Maul- und Klauenseuche. Durch eine Bekanntmachung des Innenministeriums ist zum Schutz gegen die im Weidewerke begründete Seuchengefahr in Lieberstein eine mit einer von der Regierung von Schwaben und Neuburg erlassenen Bekanntmachung bestimmt worden, daß Klauentiere aus Beständen, in denen nach dem 1. Dezember 1931 die Maul- und Klauenseuche geherrscht hat, auf Almweiden und fremde Weiden (Heimweiden, Jungweiden) nur mit Genehmigung des für diese zuständigen Oberamts und unter bestimmten, von dieser Behörde festgesetzten Bedingungen aufgetrieben werden dürfen. Hat die Maul- und Klauenseuche auf einer dieser Weiden während der Weidezeit geherrscht, so ist der Abtrieb von dieser Weide, bei Almweiden auch von den Nachbarmalmen, nur mit Genehmigung des Oberamts gestattet. Das Betreten der genannten Weiden und Weideplätze zum Zweck der Besichtigung oder des Ankaufs von Vieh ist verboten.

Die Stellenloshilfe des DHB. Wie der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband in seiner Zeitschrift „Deutsche Handlungswacht“ Nr. 5 vom 15. April mitteilt, hat er an seine stellenlosen Mitglieder in den ersten drei Monaten 1932 1 039 779 RM. ausbezahlt. Im Monat Januar wurden 330 546, im Februar 345 949 und im März 363 284 Reichsmark an jagungsgemäßer Unterstützung ausbezahlt.

Aus dem Lande

Heilbronn, 21. April. Kein süddeutsches Musikfest. Das für die Zeit vom 4. bis 6. Juni geplante Süddeutsche Musikfest in Heilbronn wird wohl auf unbestimmte Zeit verschoben werden müssen, weil sich von den 60 Bandsvereinen nur 16 gemeldet haben.

Kochendorf OX. Neckarjulin, 21. April. Unehrllicher Lehrling. Ein Bäckerlehrling aus Mosbach, der bei einem hiesigen Bäckermeister beschäftigt ist, unterschlug mehrere kleinere und größere Beträge bei den Geschäftsfunden. Als er von seinem Meister der Tat bezichtigt wurde, nahm er ein Rad und ging auf und davon.

Kornthal OX. Leonberg, 21. April. Rollandung eines Flugzeugs. Gestern abend mußte ein von England kommendes Klemm-Flugzeug, das in der Dunkelheit die Orientierung verloren hatte, bei Weindorf notlanden. Die beiden Insassen, Engländer, wurden von einem Kornthaler Arzt nach Kornthal gebracht, wo sie nach Wödingen abgeholt wurden.

Böblingen, 21. April. Landesgefängnisauflösung. Der Ausschuss der Gefängnisvereine von Württemberg und Hohenzollern hielt dieser Tage hier eine Sitzung ab, um u. a. die in Böblingen abzuhaltende 42. Landesausstellung zu besprechen. Die Ausstellung wird in der städtischen Turnhalle stattfinden, die dafür sehr geeignet ist.

Kottwiel, 21. April. Beleidigungsprozess. Ein Schriftleiter in Tattlingen hatte unterschrieben drei beleidigende Briefe an dortige Personen verfasst und einen ähnlichen Zeitungsartikel mit gefälschten Unterschriften geschrieben. Das Gericht in Kottwiel verurteilte ihn jetzt zu 14 Tagen Gefängnis und Ertragung der Kosten.

Dürmentingen OX. Riedlingen, 21. April. Rathausbrand. Am Mittwoch abend brannte das Rathaus nebst Bürgermeisterwohnung bis auf die Grundmauern nieder. Durch das taktkräftige Eingreifen der hiesigen Feuerwehr gelang es, sämtliche Alten und Wertpapiere zu retten. Die Fahnen der Vereine sind verbrannt. Die Weckerlinie von Riedlingen konnte in zweistündiger Arbeit das Feuer löschen. Der Bürgermeister hat im vorigen Jahr einen Drohbrieff erhalten.

Vom bayerischen Allgäu, 21. April. Im Stadel des Bräutigams erhängt aufgefunden. Die seit dem 12. April vermählte Dienstmagd Karoline Schugg in Oberdorf, deren Hochzeit für Mitte April angelegt war, wurde von einem Bruder ihres Bräutigams in einer Heuhütte des Bräutigams erhängt aufgefunden. Der Grund zur Tat ist unbekannt.

Vörsheim, 21. April. Sich selbst getötet. Ein in städtischen Diensten stehender, etwa 40 J. a. Oberinspektor, der vor seiner Beförderung zum Rechnungsrat stand, hat sich erschossen. Unregelmäßigkeiten im Dienst sollen der Grund zur Tat gewesen sein.

Aus Stadt und Land

Magdler, den 22. April 1932

Reißt den Menschen aus seinen Verhältnissen; und was er ist, nur das ist er. Seume.

Vom Rathaus

Gemeinderatsitzung am 20. April 1932.

Anwesend: Der Vorsitzende und 11 Mitglieder.
Abwesend: Die Stadträte Hart, Schmid, Hezer, Weitbrecht und Leber.

Mitteilungen: Im Einlauf befindet sich ein Dankschreiben des Präseptors Wieland für die Glückwünsche des Gemeinderats zu seinem 25jährigen Dienstjubiläum. — Ferner haben Dank gesagt Stadtbauamtsrat Freyer für die Anerkennung des Gemeinderats zum gleichen Jubiläum und Stadtdiener Hart anlässlich seiner Zurückziehung. — Vom Arbeitsamt sind weitere Abfuhrzahlungen auf die Grundforderung und die verstärkte Förderung der laufenden Hoflandarbeit angewiesen worden. — Kenntnis genommen wird vom Geschäftsbericht der Stadt Volksbühne für das Rechnungsjahr 1931/32. Die Juanprämie der Bühnerei war eine gute und der Bühnenleiter war in der Anschaffung neuer Bühnen mit Rücksicht auf die Finanzlage der Stadt sehr sparsam, was anerkannt wird. — Die Ministerialabteilung teilt die endgültige Genehmigung der privaten VII. Klasse der Real- und Lateinabteilung für 1932 mit. — Von dem Zurücklegungsbefehl der Pensionskasse für Körperschaftsbeamte zu Gunsten des hies. Schulhausmeisters Hart wird Kenntnis genommen und der Übergangszuschlag für das Uebergangsjahr bei der Stadtpflege zur Zahlung angewiesen. — Dem Oberamt wird berichtet, daß gegen die Führung des Drogeriebetriebes durch Willy Lettche aus etwa in der Person des

Inhabers liegenden Gründen nichts einzuwenden sei. — Einige Anschaffungen für das Pflichtfach der Säuglingspflege in der Hauswirtschaftlichen Fortbildungsschule werden in Höhe von 73 RM. genehmigt. — Ebenso einige Wohnungsbeihilfensuche für die Instandhaltung alter reparaturbedürftiger Wohnhäuser befürwortet. — Den Hauptgegenstand der Sitzung bildete die Schwimmbadfrage, zu deren Beratung sich auch die Herren Landrat Baitinger und Reg.-Rat Dr. Stahleder in freundlicher Weise eingefunden haben. Das Arbeitsamt Magdler hat zu dieser Frage, die im Vorjahr infolge der Verlegung der Genehmigung zur Schulbauaufnahme durch die Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperschaftsverwaltung nicht gelöst werden konnte, Stellung genommen und befürwortet nunmehr die Ausführung der Badeanlage im Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes. Hierzu machte der Vorstand des Arbeitsamts, Herr Reg.-Rat Dr. Stahleder, in der heutigen Sitzung eingehende Ausführungen, besonders auch über Sinn und Zweck des freiwilligen Arbeitsdienstes. Nach den Berechnungen des Stadtbauamts sind einschließlich der Planierungen des Aushubmaterials im Gebiete des alten Badplatzes etwa 3500 Tagwerke nötig, die von Empfängern von Arbeitslosen oder Krisenunterstützung und bis zu 20 Prozent von Wohlfahrtserwerbslosen geleistet werden. Die tägliche Arbeitszeit beträgt 6 Stunden. Die Angehörigen des Arbeitslagers etwa 50-60 werden unter Leitung des Lagerleiters durch zweckmäßige Betreuungsmassnahmen, Ausübung der Freizeit in Spiel und Sport und in geistigen Anregungen zusammengehalten. Für die Verpflegung und Ausstattung, für die Versicherung und sonstigen Aufwendungen, sowie ein Taschengeld von 50 Pfg. pro Tag stellt der Staat täglich 2 Mark zur Verfügung, wozu die Stadt noch höchstens die zu 50 Pfg. beizutragen hat. An dem Rohaufwand verbleiben also der Stadt 1500 M. für die Beschaffung des Materials, Schotter, Zement, Eisen usw. berechnet das Stadtbauamt 11 000 Mark, zusammen Aufwand der Stadt 12 500 Mark. Hieron ab der Beitrag der Staatsfinanzverwaltung für die Mitbenützung des Schwimmbades durch das Lehrseminar mit 1500 Mark Rest 11 000 Mark, die aus Grundbesitzmitteln bzw. einem außerordentlichen Erlös für einen öffentlichen Platz bestritten werden können. Damit entfällt die Pflicht zur Einholung einer Regierungsgenehmigung zur Schulbauaufnahme. Im Vorjahr ist die Erbauung des Schwimmbades auf der Posthalter Wälschen Weise auf dem Sand im Wege der Hoflandsarbeit vorgeesehen gewesen und nach Abschreibung der Grundforderung wäre der Stadt ein Aufwand von mindestens 25 000 Mark verblieben. Diese Summe aufzubringen, könnte heuer noch weniger verantwortet werden als im Vorjahr. Wenn also das Bad nicht im Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes ausgeführt wird, so müßte das Projekt wohl endgültig aufgegeben werden. Dieses Unternehmen soll der erste Versuch mit dem freiwilligen Arbeitsdienst in Magdler sein und die Frage ist wohl so zu stellen, entweder wird das Bad im Wege der freiwilligen Arbeit gebaut oder es wird in absehbarer Zeit nicht gebaut, denn darüber herrscht vollkommene Einigkeit, daß Steuermittel heute für ein Schwimmbad nicht verwendet werden dürfen, so notwendig und wünschenswert es aus hygienischen Gründen und aus Gründen des Fremdenverkehrs auch sein mag. Zu aller Sicherheit soll deshalb von allen Beteiligten, insbesondere von den Bürgern des Vorjahres eine Verpflichtung abgegeben werden, alljährlich Badabonnementsarten zu lösen und dadurch eine jährliche Kündfeinnahme von 1000 Mark zu garantieren. Bei dieser Sachlage kommt der Gemeinderat nach längerer und eingehender Beratung zu dem einstimmigen Beschluß, das Schwimmbad auf dem Sand wie es vom Stadtbauamt im Vorjahr projektiert worden ist, im Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes mit einem jährlichen Aufwand von 11 000 Mark zu erstellen, wenn folgende Voraussetzungen vorher erfüllt sind:

1. Daß das Landesarbeitsamt das Unternehmen als förderungswürdig anerkennt und die Pauschalleistung von arbeitstäglich 2 Mark übernimmt.
2. Daß die Lokalpolizeiliche Genehmigung durch die Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperschaftsverwaltung erteilt wird, wobei aber die von der Fa. Louis Kentschler im Vorjahr gestellten Bedingungen für die Wasserentnahme in einzelnen Punkten wesentlich gemildert werden müssen.
3. Daß der Beitrag des Staats für das Lehrseminar in Höhe von 1500 Mark mit der Ausführung des Unternehmens bezahlt wird. Bei den Vorteilen, die der Staat durch den Bau des städt. Freibads und die Ersparung hoher eigener Erneuerungskosten für das Seminarbad hat, soll um eine Erhöhung des Beitrags nachgehakt werden. Endlich sollen
4. Die Badinteressenten sich zur alljährlichen Lösung von Abonnementsarten verpflichten, daß hiedurch mindestens alljährlich 1000-1200 M. für die Vergütung und Tilgung des Baukapitals geleistet sind. Nach Tilgung des Baukapitals, längstens aber nach 5 Jahren, erlischt diese Verpflichtung. Ebenso bei Tod und Wegzug. Von dem Ergebnis dieser Abonnentenabnahme hängt es ab, ob die Stadt auf die im Vorjahr geleistete Bürgschaft, ganz oder teilweise verzichten kann. Als Abonnementspreis kommt in Betracht für Erwachsene 5.- Mark für ein Familienabonnement (Eheleute und Kinder unter 14 Jahren) 7 Mark, junge Leute von 14-18 Jahren die Hälfte des Satzes für Erwachsene. Vorbehalten bleibt seitens der Stadt an Sonn- und Feiertagen jeweils einen Zuschlag auf das Abonnement zu erheben. — Hoffen wir nun, daß der Bau des neuen Freibads zu einem guten Ende kommt. Den Herren Landrat Baitinger und Regierungsrat Dr. Stahleder danke der Vorsitzende für die Förderung der Sache.

Beerdigung Carl Schoun

Unter großer Anteilnahme von hier und auswärts wurde gestern Weinhandler Carl Schoun zu Grabe getragen. Nach dreiwöchiger schwerer Krankheit kam sein Heimgang doch unerwartet und sowohl für seine Familie als auch für viele teilnehmend Mittrauernde schmerzhaft. Stadtpfarrer Brecht hielt die Trauerfeier, der er die Worte des Pfaph Jeremia 11, 31. „Ja habe dich je und je geliebt, darum habe ich dich zu mir gezogen aus lauter Güte“ zugrunde legte. Von diesem Gezagenein zu Gott gibt das Leben und Wirten des Entschlafenen ein treues Zeugnis. Nach außen war er ein stiller, anspruchsloser Mensch gewesen, treu und ehrlich in seinem Geschäfte, gewissenhaft und äußerst zuverlässig in seiner Tätigkeit als Mitglied des Verwaltungsrats des Zellerstifts; gern gehört und befolgt wurden seine Rat- und Vorschläge im Kirchengemeinderat und der Gemeinnschaft. Ueber 18 Jahre gehörte der Verstorbene dem Kirchengemeinderat an, in den er meist mit der größten Stimmenzahl immer wieder neugewählt wurde. Herr Stefan Otto, legte als äußeres Zeichen des Dankes einen Kranz vom Kirchengemeinderat nieder und gab der Anerkennung für die langjährige wertvolle Mitarbeit an Kirche und Gemeinde Ausdruck. Auch in Gemeinschaftsreisen war der Verstorbene als ein lebendiger Zeuge der ewigen Wahrheit bekannt und von echtem Bruderinn gaben die vielen oft von weither geeilten Brüder Kunde. Wie nötig hätte unsere zerrißene unruhige Zeit solche treuen Zeugen Gottes! Dankbar für allen Segen, den der Entschlafene in seiner stillen Weise ausströmen durfte verlassen die Trauernden das Grab, dabei mag manch einem flinnend das Dichtergewort eingefallen sein: „Ach, sie haben einen guten Mann begraben, doch mir war er mehr!“

Landtagsabgeordneter Bauer für den Straßenbau Magdler-Altensteig

Von der Volkspartei wird uns geschrieben: Landtagsabgeordneter Bauer, der sich ja in den letzten Jahren wiederholt im Landtag nachdrücklich für die Interessen von Stadt und Bezirk Magdler eingesetzt hat, ist auch am 24. April wiederum als Spitzenkandidat der Volkspartei in den Bezirken Magdler, Freudenstadt, Calw, Neuenbürg usw. aufgestellt. Er hat vor kurzem in der Sache





Achtung! Deutsche Leidensgenossen(innen)!

Schon lange fehlt uns ein Bezirksvertreter im Landtag, jetzt haben wir Gelegenheit einen feßhaften Bezirksvertreter zu bekommen.

Nehmt die Gelegenheit wahr! Wählt alle geschlossenen Liste 10

Gewerbeschule Nagold

Stundenplan für das Sommerhalbjahr 1932

Ia	Donnerstag	8-12 u.	2-4 1/2 Uhr
Ib	Montag	8-12 u.	2-4 1/2 Uhr
IIa	Dienstag	8-12 u.	2-5 1/2 Uhr
IIb	Dienstag	8-12 u.	2-5 1/2 Uhr
IIIa	Mittwoch	8-12 u.	2-5 1/2 Uhr
IIIb	Freitag	8-12 u.	2-5 1/2 Uhr
IIIc	Mittwoch	8-12 u.	2-5 1/2 Uhr
IVa	Freitag	8-12 Uhr	
IVb	Dienstag	2-6 1/2 Uhr	
IVc	Montag	2-6 1/2 Uhr	

Handelsabteilung I-III
Donnerstag 8-12 u. 2-4 1/2 Uhr.
Der neue Stundenplan beginnt am Montag, den 25. April 1932.

Nagold, den 20. April 1932. 1059
Schulvorstand: Beutelspacher.

Ab 1. Mai verbilligte Sommerpreise für alle Sorten

Rohlen und Bricketts. 1078

Da ich niemand mit Hausieren belästigen möchte, bitte ich höflich um alsbaldige Bestellung. Prompte Belieferung zugesichert.

Chr. Schuon
Telefon 216

Ab 1. Mai verbilligte Sommerpreise für alle Sorten

Großer Kartoffel-Abschlag.

Bestellungen auf schöne, gesunde Kartoffeln, per Str. N 240 ab Bahndorf hier nimmt bis 30. d. M. entgegen. 1077

W. Schnerle.

Ein neuer Liebesroman:

UNTERWEGS ZU ALEXANDER



von **Katrin Holland**

Mädchen von heute: sachlich, praktisch, kühl, bis ein Erlebnis sie lehrt, aus welchem Stoff sie gemacht sind. Sind nicht viele wie Henriette, die Sehnsucht hat nach dem einmal Geliebten? — Soeben als neuestes Gelbes Ullsteinbuch für 90 Pfennig erhältlich bei:

G. W. Zaiser, Buchhandlung, Nagold

Glücklich ist, wer

auch heute noch an dem Grundsatz festhält: „So laufe nur das Beste.“ Nun, eine Plandose KINESSA-Bohnerwachs reicht für ca. 80 qm Parkett u. Linoleum (5-6 Zimmer), gibt mühelos wunderbaren strahlenden u. nachschabaren Hochglanz, der wochen- u. monatelang anhält. Die richtig rechnende, sparsame Hausfrau verwendet nur

KINESSA
Bohner-Wachs

Stadt-Drogerie Rudolf Hollender, Wildberg; G. Eberhard.

Oberamtsstadt Nagold Landtagswahl

Die Landtagswahl findet am Sonntag, 24. April 1932, von vormittags 8 Uhr bis nachmittags 5 Uhr statt.

Abstimmungsraum ist für die Wahlberechtigten mit den Anfangsbuchstaben **A-K** das Rathaus, Sitzungssaal, für die Wahlberechtigten mit den Anfangsbuchstaben **L-Z** das Knabenschulgebäude, Schulsaal im Erdgeschoß links.

Der Buchstabe **L** wählt diesmal nicht wie bisher im Rathaus, sondern im Knabenschulhaus.

Wahlberechtigt ist nur, wer in der Stimmliste eingetragen ist, oder einen Stimmschein hat. Stimmscheine werden bis Samstag, mittags 12 Uhr, ausgestellt.

Die Stimmzettel werden im Wahllokal abgegeben.

Näheres siehe Anschlag am Rathaus

Nagold, den 21. April 1932 1072

Bürgermeisteramt: Maier.

Wichtiges zur Landtagswahl.

Wir wissen, daß das Volk noch nie mit einem so großen Interesse die Wahl zu den Landtagen, insbesondere für den Württembergischen Landtag verfolgt hat, wie diesmal am 24. April, soll doch das Steuer der Politik die uns immer mehr ins wirtschaftliche Elend gebracht hat energisch herumgerissen werden. Die Alten haben uns schon zu viel Versprechungen gemacht um ihnen noch einmal Glauben schenken zu können, wir empfinden das wahre Sprichwort heute in seiner ganzen Tiefe „**Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht.**“

Wir suchen und wollen Männer, die uns in ihrem bisherigen Kampf um das Wohl des Volkes, das unser persönliches Wohl ist, einer großen Aufgabe gerecht geworden sind, den Gedanken an des Volkes Größe wieder zu erwecken. Hier sind die Wurzeln unserer Kraft, Männer, die seit vielen Jahren bewiesen haben, daß es ihnen ernst ist, mit dem Kampf für unseres Volkes Größe und Freiheit, daß es sich bei ihnen nicht um persönlichen Ehrgeiz handelt, an der Politik und mit der Politik zu verdienen, dann wären diese Männer auch bestimmt nicht seit vielen Jahren bei der nationalsozialistischen Bewegung.

Seit Jahren waren sie das Ziel des Spottes und des Hasses. Unbeirrt gingen sie ihren Weg, im festen Glauben, das Gute muß doch siegen, wieviel, persönliche Opfer wurden seit Jahren von den Führern für diese Freiheitsbewegung gebracht, manche schwere Stunde des Argers, Spottes und der Enttäuschung stellte sich vor die Frage, warum mußt du es gerade sein, überlasse es doch ruhig Anderen! Nur das hohe Ideal, die große Liebe zu Heimat und Vaterland, das Gewissen, die Verantwortung hat sich zu neuen Opfern aufgerichtet.

Solche Männer werden uns nicht enttäuschen, dessen war sich auch die Parteileitung in ihrer großen Verantwortung bewußt und hat darum in unsererem Bezirk den wohlbestannten

Herrn Philipp Bäßner Stadtrat und Schreinermeister an aussichtsreiche erste Stelle gesetzt.

Er ist für deutschbewusste Menschen seit langen Jahren das Vorbild, für Aufopferung im Interesse des Gemeinwohles, dazu besitzt er eine bewundernswerte Gabe und Auffassung für die Erkennung der öffentlichen Rechte und Pflichten eines deutschen Staatsbürgers, dem kein Gebiet des deutschen Wirtschaftslebens, insbesondere des Handwerks und Mittelstandes fremd ist. Aber auch die Räte und Sorgen des Arbeiters sind ihm nichts Fremdes, sondern eine ihm wichtige Sorge für die gerechten Forderungen derselben.

Ein Mann, von dem alle, die ihn kennen und kennen lernten, aufrichtig sagen, ein Mann mit politischem Weitblick und hoher Auffassung des Staatsgedankens; Gemeinwohl vor Eigenwohl. Ein Mann, der auf keinen Platz vom Volke gestellt, nie enttäuschen wird, wohl aber die, die nur Rechte ihres persönlichen Ehrgeizes und Geldbeutels anerkennen. Viele sind es, die seine selbstlose Hilfsbereitschaft in den Räten des täglichen Lebens schon erfahren durften.

Darum auch die, die nicht Nationalsozialisten sind und werden können oder wollen, werden ihm und der nationalsozialistischen Partei ihre Stimmen geben, dabei ist auch an den hohen Wert zu denken, der unserem Bezirk zu statten kommt, die Wünsche und Sorgen desselben an die Regierung, vertrauensvoll in die Hände des Mannes zu legen, der unsere innere Heimat mit ihren Bedürfnissen kennt, und es als Ehrensache betrachtet, sich mit der ihm eigenen Energie für unsere Wünsche einzusetzen. Eine für ein solches Amt beachtliche Eigenschaft ist sein tiefes Gerechtigkeitsgefühl, sein weit- und vorausschauender Blick, der nicht nur innerhalb der Nagolder Grenzen sein Gesichtsfeld hat. Darum alle Stimmen der nationalsozialistischen Partei und ihm, damit die Partei für uns alle kämpfen und schaffen kann. Schluß jetzt, mit allen Bedenken und Kritiken auf Verleumdung und gemeine Lügen aufgedaut!

Stadtgemeinde Nagold. 1059
Wir nehmen wieder Bestellungen auf gebund. Nadelholz-Astreifig sowie auf Nadelholz-Beigholz entgegen.
Stadt. Forstverwaltung.

Nagold
Zwangsversteigerung.
Am Samstag, den 23. April, nachm. 1 Uhr verkaufe ich gegen bar an den Meistbietenden:
1 Motorrad.
Zusammenkunft beim alten Richtenam. 1075
Gerichtsvollzieherstelle Nagold.



Jetzt ist es Zeit

Kaufen Sie einen Apparat im **FOTOHAUS Schwarzmaier**

1080

Ehrliches, fleißiges **Mädchen**
nicht unter 16 Jahren, auf 1. oder 15. Mai gesucht durch **Frau Marie Proß Wildberg.** 1080

9/45 PS, 4tätige **Fiat-Limonine**
5jährig, in tadellosem Zustand 58000 km gefahren, verkauft Rudolf Morhard, Stuttgart-Münster, Telefon 518 66. Nehme ältere Wagen in Zahlung

Sofort ein aufgeweckter Junge als **Walterlehrling**
gesucht, Kost und Logis im Hause. **Alfred Schäfer** Malermeister, Eßlingen, a. N. Parthstraße 33

Tonfilm-Theater
Der schönste Katonfilm „Der Kongreß tanzt“
1947 Ein Strauß der beliebtesten Darsteller, schönster Wiener Weisen, lustiger Ueberraschungen, glanzvoller Masseninszenen.
Deute 8.15 Uhr (Samstag keine Vortellg.)

Spottbillig kaufen Sie Neuheiten in 1076
Herrenhüten von Mt. 8.— an
Mützen von Mt. 1.— an ferner einen Posten **Burischenanzüge** für das Alter von 14—18 Jahren von Mt. 20.— an sowie verschiedene einzelne **Herren- u. Knaben-Bekleidungsstücke** im **Bekleidungshaus Rapp** Neustraße 3.

Zu verkaufen Schlacken
1074 jedes Quantum **Hermann Steimle Wildberg, Tel. 25.**

12x im Jahr je 50 Handarbeiten
Vorlagen modernster Muster aller Techniken (viel Wäsche) in **Beyers Monatsblatt für Handarbeit und Wäsche**
zu jedem Heft Schnittbogen, Arbeitsbogen, Abplättmuster, monatlich 1 Heft für 70 Pf.
in der Buchhandlung Zaiser, Nagold.

Wählt Liste 1! Wählt Sozialdemokraten!

Seit acht Jahren ist die Sozialdemokratie von der Landesregierung ausgeschaltet. Sie ist nicht verantwortlich für die zahlreichen Fehler und Ungerechtigkeiten, die auf landespolitischem Gebiet zu verzeichnen sind.

Die Behandlung der Arbeiterkassen als Stiefkinder des Staates, die übermäßige Belastung von Kleinhandwerk und Kleingewerbe durch die Gewerbesteuer, die mit erhöhten Sätzen erhobene Gebäudeverschuldungssteuer, die steuerliche Schonung der Großindustrie, die großen Geschenke an das Haus Württemberg, die Verschleuderung von Staatsvermögen, die Vernachlässigung der Interessen der Kleinlandwirtschaft, die ungleiche Behandlung der Volksschulen und der Hochschulen, die Begünstigung des Rechtsradikalismus durch Polizei und Gerichte — das alles sind Werke der Regierung Holz-Bazille-Dehlinger-Maier.

Kann nicht alle Not und Pein der Gegenwart von der Landesregierung beseitigt

werden, so sind doch auf vielen Gebieten Milderungen möglich. Hier haben die Parteien versagt, die jetzt an der Regierung waren.

Von den Kommunisten, den Nazis und ihren deutschnationalen Gönnern ist keine Besserung, sondern nur der Raub der Volksrechte und die innen- und außenpolitische Katastrophe zu erwarten.

Darum nieder mit ihnen! Laßt den Landtag nicht in eine Kadabude umwandeln! Seid euch des Ernstes eurer Aufgabe bewußt und wählt Sozialdemokraten.

Statt unerfüllbarer Versprechungen gibt die Sozialdemokratie die Versicherung, daß sie alle Kräfte einsetzt wird für steuerliche Gerechtigkeit, für wirtschaftliche Gesundung, für Sicherung der Existenz aller Volksgenossen in Stadt und Land, für eine friedliche Entwicklung der inneren und äußeren Politik Deutschlands.

Wählt darum Liste 1! Wählt Sozialdemokraten!